

der Reichsregierung das Verlangen des Verbandes für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an den Weltrechtlichkeitsprinzip der Welt.

Es hat sich inzwischen nichts ereignet, was die preussische Regierung bewegen könnte von diesem Standpunkt abzugehen.

Berlin, 11. Febr. Die Liste der von der deutschen Regierung wegen völlerrechtswidriger Handlungen beschuldigten Angehörigen der Entente-Mächte ist bereits fertiggestellt und gedruckt. Ihre Veröffentlichung ist demnächst zu erwarten.

Die Ausführung des Friedensvertrages

Die französische Note wegen des Aufschubs der Zeit für die rheinische Befestigungsdauer.

Paris, 12. Febr. (Havas.) Der franz. Ministerpräsident hat der deutschen Mission in Paris eine vom 8. Februar datierte Note gegen die ungenügende Kohlenlieferung gegeben, in der es heißt:

Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages eröffnet hiermit die französische Regierung der deutschen Regierung, daß die deutsche Regierung die Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben. Ferner wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fälligen Lieferungen sowie das volle Restquantum liefert, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zur wirtschaftlichen und finanziellen Sperre und Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, die als durch die Umstände geboten erscheinen, wie sie für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht.

Paris, 11. Febr. Nach dem Intransigant soll man vielleicht dazu übergehen, das Ruhrbeden zu besetzen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen in den Kohlenlieferungen nicht innehielt.

Berlin, 11. Febr. Zu der Havas-Meldung, Ministerpräsident Millerand habe am Montag der deutschen Regierung eine Mitteilung gegeben lassen, wonach die im Friedensvertrag vorgesehene Befestigungsfrist für das Rheinland verlängert werden solle, erfahren wir, daß von einer solchen Mitteilung bis jetzt hier nichts bekannt geworden ist.

Frankreich und die Befestigung des Rheinlandes.

Am vorigen Freitag hatte der Ministerpräsident Millerand angekündigt, daß er der deutschen Regierung die Aufhebung der Fristen für die Befestigung des Rheinlandes mitteilen werde; aus Paris ist inzwischen gemeldet worden, daß diese Mitteilung nach Berlin am Sonntag ergangen sei. Eine Berliner Meldung darüber liegt noch nicht vor. Herr Millerand's Ankündigung hatte mit der Auslieferungsfrage unmittelbar nichts zu tun, sondern er begründete sie mit dem Hinweis, daß Deutschland im Januar nur 300 000 Tonnen Kohlen an Frankreich geliefert habe, während es monatlich mehr als zwei Millionen schuldete. Wörtlich sagte er:

„Ich werde die deutsche Regierung wissen lassen, daß die im Artikel 429 des Friedensvertrages vorgesehenen Fristen aufgehoben und zu laufen aufhören werden, solange sie sich nicht aller von ihr unterworfenen Verpflichtungen entledigt hat. Unsere Verbündeten sind von diesem Entschluß schon benachrichtigt worden, und binnen kurzem werden auch die Minister des Reichs amtliche Mitteilung erhalten.“

Die Bestimmungen über die Befestigung sind in den Artikeln 428 bis 432 des Friedensvertrages enthalten. Der erste Artikel bestimmt, daß die deutschen Gebiete westlich des Rheins, einschließlich der Brückenköpfe, vom Inkrafttreten des Vertrages an, — also vom 10. Januar 1920 an — 15 Jahre lang besetzt gehalten werden. Nach Artikel 429 wird diese Befestigung, wenn die Bedingungen des Vertrages von Deutschland pünktlich erfüllt werden, dahin eingeschränkt, daß der Brückenkopf von Köln nebst einem näher bezeichneten Gebiet bereits nach fünf Jahren, der Brückenkopf von Koblenz und ein anschließendes Gebiet nach 10 Jahren geräumt werden sollen. Nun soll also der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmungen bis auf weiteres hinausgeschoben werden und die Befestigungsdauer gänzlich unbefristet bleiben. Herr Millerand hat erwidert, daß er die Verbündeten in Frankreichs davon benachrichtigt habe, von ihrer Antwort ist bis jetzt nichts mitgeteilt worden, und es besteht also einmündel die Tatsache, daß Frankreich allein diese Abänderung des Friedensver-

trages verfügen will. Es beruft sich darauf, daß eben gerade Frankreich gegenüber einer Friedensbedingung — nämlich die Kohlenlieferung in der geforderten Höhe — nicht erfüllt worden sei; aber auch für diesen Fall ist ein Recht auf alleiniges Vorgehen, unter Ausschaltung der sämtlichen andern Vertragsunterzeichner auf der Seite der Puissances alliées et associées, nicht gegeben. Es bleibt also abzuwarten, ob Herr Millerand sich der Zustimmung dieser Gesamtheit versichert hat oder nicht. Ueber die Nichterfüllung einer Friedensbedingung, wobei es sich, wie gesagt, nicht um die noch schwebende Auslieferungsfrage, sondern um die Kohlenlieferung handelt, wird eine amtliche deutsche Äußerung wohl nicht auf sich warten lassen; sie wird über den früher schon hervorgehobenen Kohlenmangel hinaus auch auf die französische Entzogenheit Bezug nehmen müssen, daß in Deutschland trotz der geringeren Förderung eine höhere Kohlenmenge auf den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung steht als in Frankreich. In einer Unterredung hat der Reichsminister des Auswärtigen an der Hand von Zahlen bereits darauf hingewiesen, daß Deutschland bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gegangen ist, daß aber eine zerrüttete Volkswirtschaft die schweren Kosten der Wiedergutmachung nicht tragen kann, daß sie dazu dringend Kredite und Rohstoffe braucht.

Die Räumung Oberschlesiens.

Breslau, 11. Febr. Das Generalkommando des 6. Armee-Korps teilt mit: Die Räumung der Zone 2 des Abgrenzungsgebietes in Oberschlesien (Oppeln) ist ohne Zwischenfall erfolgt. Die Räumung von Oberschlesien ist damit beendet.

Schleppung der Kriegsgefangenen.

Nach amtlicher Mitteilung der Reichszentrale an die Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Frankfurt sollen die Gefangenentransporte aus Frankreich nach wie vor weiter.

Die deutsche Grundschule.

Berlin, 9. Febr. Der amtliche Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichstages erhalten hat, dem Reichsrat zur Beratung vorgegangen. Damit ist der Entwurf für das erste Reichsschulgesetz dargestellt, das die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Schulwesen, die durch die neue Verfassung dem Reich zugefallen ist, einleitet. Im allgemeinen besteht, wie bekannt die Absicht, die einzelnen Fragen der Schulgesetzgebung von der Reichsschulkonferenz, die in Berlin zusammenzutreten wird, begutachten zu lassen. Im vorliegenden Falle mußte hiervon abgesehen werden, weil die Länder wie Gemeinden auf eine sofortige Regelung der Schulfrage drängen. Da in Artikel 146 der Verfassung festgesetzt ist, daß sich das mittlere und höhere Schulwesen auf der gemeinsamen Grundschule aufbauen habe, war der einheitliche Inhalt des Gesetzes von vornherein gegeben.

Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsjahre umfassen soll. Alle öffentlichen und privaten Vorschulen werden aufgehoben. Es wird in diesem den Vorschulen eine gewisse Abwechslung zugesprochen, doch soll der erste Jahrgang schon im kommenden Jahre nicht mehr neu mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Vorschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1924/25, die der privaten Vorschulen mit Beginn des Schuljahres 1929/30 beendet zu sein. Der Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß die Kräfte an anderen öffentlichen Schulen bei gleichbleibender Besetzung weiter zu beschäftigen sind. Die Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen aber verboten sein. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Beratung im Reichsrat und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, noch vor Beginn des Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 12. Februar.

o Elternbeirat. Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr, findet in der Aula des Gymnasiums eine Versammlung aller Eltern statt, die zur Wahl des Elternbeirates berechtigt sind.

o Abermalige Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise. Am 1. März wird gleichzeitig mit der Erhöhung des Gütertarifs auch eine aber-

malige Erhöhung der Fahrpreisen für das ganze Reichsgebiet stattfinden.

o Die Schlußprüfung. Nach Aufhebung der sogenannten Einjährigprüfung können junge Leute ihre entsprechende Vorbildung nur noch durch die sogenannte Schlußprüfung nachweisen. Durch diese, an anerkannten schulpflichtigen höheren Schulen stattfindende Prüfung wird die Berechtigung erworben, in die Oberstufe der betreffenden Art von Vorkursen einzutreten. Kriegsteilnehmer können auch fernerhin die Nachschlußprüfung entsprechend dem Erlass vom 7. Dezember 1918 — U II 1959 — ablegen. Sie erwerben dadurch das Zeugnis der Reife für die Oberstufe, sind aber nicht zum Besuch dieser Klasse berechtigt. Vielmehr bedarf es hierzu der regelrechten Aufnahmeprüfung.

o Für Rentenempfänger ist für morgen nachmittag 4 Uhr eine Versammlung bei Herrn Rastbach einberufen.

o Soziale Schutzbestimmungen in den besetzten Gebieten. Nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet ist, ist auch Artikel 5 der Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, England, Frankreich und Deutschland über die militärische Befestigung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 in Kraft getreten. Nach dieser Vereinbarung soll die Zivilverwaltung der besetzten Gebiete nach den Vorschriften der deutschen Gesetzgebung und unter der Leitung der deutschen Zentralregierung weitergeführt werden. Damit sind nun auch alle Hindernisse beseitigt, die der Durchführung der in den Besatzungsverträgen vorgesehenen sozialen Schutzbestimmungen in besetzten Gebieten noch im Wege standen. Vielfach wurde bisher die durch die Besatzungsbehörde vor Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgte Richtigerklärung der sozialen Verordnungen und Erlasse als beliebiger Vorwand zu ihrer Nichtbeachtung benutzt. Deshalb hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten nunmehr das Reichsarbeitsministerium ersucht, durch geeignete Maßnahmen den in den besetzten Gebieten beschäftigten Angestellten und Arbeitern die Wohlfahrt der deutschen Schutzgesetzgebung zu sichern.

o Pflichtjahr für Mädchen. Dr. Porck und die übrigen Mitglieder der Zentrumsfraktion der Preussischen Landesversammlung haben folgenden Antrag eingebracht: Die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald die Einführung eines einjährigen pflichtgemäßen hauswirtschaftlichen Unterrichts für alle Mädchen als Grundlage der in der deutschen Reichsverfassung vorgesehenen Fortbildungsschule anzuerkennen.

o Doppelformulare bei Steuererklärung. Bisher war es üblich, daß Steuerpflichtige, die zur Einreichung einer Steuererklärung verpflichtet waren, nur ein Formular der von ihnen auszufüllenden Steuererklärung erhielten. Damit war für viele Steuerpflichtige die Unannehmlichkeit verbunden, für ihre eigenen Zwecke eine Abschrift der Steuererklärung herzustellen. Im Interesse der Steuerpflichtigen hat nun der Reichsminister der Finanzen angeordnet, daß in Zukunft allen Steuerpflichtigen je zwei Steuerklärungsformblätter zugefertigt werden, von denen das eine für den eigenen Gebrauch der Steuerpflichtigen bestimmt ist. Von dieser Regelung, die von vielen Steuerpflichtigen dankbar begrüßt werden wird, soll bereits bei der Beantragung der Kriegszugaben Gebrauch gemacht werden, sofern nicht etwa in einzelnen Bezirken infolge des Mehrbedarfs an Formblättern eine Verzögerung in der Beantragung zu befürchten ist. Es wird jedoch besonders darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung nicht von der Ausbändigung zweier Formblätter abhängig ist. Wenn also in einzelnen Fällen die Ausgabe zweier Formblätter unterblieben ist, so darf der Steuerpflichtige nicht etwa aus diesem Grunde die Einreichung der Steuerklärung verweigern.

Die Sparfassen im Dez. 1919. Die Rückwärtsbewegung, die man im Sparverkehr schon im November beobachtet konnte, hat sich im Dezember fortgesetzt. Wie das Amtsblatt des Deutschen Sparfassenverbandes, „Die Sparfasse“, meldet, betrug im Dezember die Abnahme des Spareinlagen 400 Millionen Mark. Wie die Sparfasse schreibt, ist die ungünstige Entwicklung zum kleineren Teil auf die Zinssenkungen der Sporer für die Spar-Prämienanleihe und auf die besonders im Dezember einsetzende Steuerlast zurückzuführen. Erheblich größer Bedeutung wird dem allmählichen Absinken der Industri- und Landbau-Beiträge beigemessen. Diesem ist immer größere Geldmittel zur Beschaffung von Rohstoffen, Vorräten und dergleichen. Auch der Umsatz,

scheint dies zu bestätigen, daß der Abfluß der Spareinlagen sich zunächst in Westfalen, in der Umgebung des Ruhrkohlengebietes gezeigt hat.

Insgesamt haben die Einlagen bei den deutschen Sparfassen im vergangenen Jahre noch eine Zunahme von 4650 Millionen Mark erfahren (gegen 6350 bzw. 4060 Mill. Mark in den beiden Vorjahren). So lauten wenigstens die fortlaufenden Schätzungen der Sparfassen, die sich schon während der Kriegsjahre als überaus richtig erwiesen haben. Die Entwicklungen über den Monat Januar werden voraussichtlich wieder ein besseres Ergebnis bringen, besonders im besetzten Gebiete, wo die Sparfassen überhaupt besonders günstige Ergebnisse aufzuweisen hatten.

Ein Witterungsumschlag ist eingetreten. Bei südwestlichen Winden, die sich nachts zum Sturm steigerten, hat wieder heftige Witterung das kalte, klare Wetter der Vorwoche abgelöst.

Braunschweig, den 12. Februar.

h Zeichen der Zeit. Nichts ist mehr sicher vor diebischen Händen. Sogar Lampen werden gestohlen, d. h. Kleiderlampen. Einem hiesigen Händler kamen vor einigen Tagen annähernd 2 Dtz. dieses Artikels abhanden. Der Dieb ist aber inzwischen ermittelt worden. — Immer ärger werden auch die Klagen über Diebstähle von gestohlenen Dtz. im Walde. So wurden eine ganze Anzahl Stöcke Holz, welche die Eigentümer noch nicht hatten heimgeschaffen können, zur Diebsbeute.

h Pöckelwässerchen. Die Zustandsetzung und der Erfolg anstehender oder abgegebener Räume in hiesiger Gemarkung erfordert gewollige Hilsmengen, die bei den kappen Besätzen an Nadelholz in den hiesigen Wäldern kaum aufzubringen sind. Dem Grundbesitzer ist es ratsam, zur Einzäumung Drahtseile zu verwenden. Auf diese Weise würde auch mancher sich vor Wildschaden durch Konischen schämen können, auch sind Drahtseile bei Hochwasser stabiler und schwimmen nicht so leicht davon.

Caub, 11. Febr. Bei Oberwesel fand ein Zusammenstoß zweier Schiffe statt. Der Schraubenschleppdampfer „Mannheim“ wollte am Morgen mit seinem Anhang seine Fahrt fortsetzen, als der Schraubenschleppdampfer „T. Schürmann“ ohne Anhang zu Tol fuhr. Beim Versuch auszuweichen, rannte Schürmann gegen Mannheim seitwärts heftig an, wobei beide Boote stark beschädigt wurden. Mannheim lief, um dem Sinken auf offenem Strom zu entgehen, in den Oberweseler Hafen an, während Schürmann trotz seiner starken Beschädigung nach mehrstündigem Aufenthalt und Abgabe eines Protokolles die Fahrt fortsetzte. Von der Befragung ist niemand zu Schaden gekommen. — Infolge des günstigen Wasserstandes ist die Schifffahrt sehr lebhaft. Durch das Binger Loch kommen öfters in ununterbrochener Reihe Schleppzüge, die größtenteils mit Kohlen und Breiten beladen sind, zu Berg. Die Binger Reede ist mit einer großen Art Fahrzeuge belegt. Die Schifffahrt zu Tol ist reger.

Rastatt, den 12. Februar.

Die Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen hält Sonntag, den 15. Februar, mittags 3 Uhr, im Hotel „Sonne“ eine Versammlung ab.

Exkursion. Dienstag unternahm die landwirtschaftlichen Winterkulturernter Fähr- und die Herrn Direktor Fähr einen kleinen Ausflug nach den Högätern Altholdebach. Derselbe diente in der Hauptsache landwirtschaftlichen Informationszwecken. Ihre diesjährige Abend-Unterhaltung hält die Landwirtschaftsschule in üblicher Weise am Samstag Abend im „Hotel Sonnen“ ab.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M., 11. Febr. Die Frankfurter Nachrichten melden aus Fulda: „Hier wurde der Polizeiwachmeister Kollmann von einem betrunkenen Fremden, der in einem Kofferschrank die Frau des Kapellmeisters mit erschlagen bedrohte, durch einen wichtigen Schlag mit dem Revolver so schwer verletzt, daß er an den Folgen der Verletzung, zu der sich noch Blutergüsse gesellte, gestorben ist. Der Betrunkenen war der Referent im preussischen Ministerium des Innern, Iwan Jobstow. Der Polizeibeamte hinterläßt eine Witwe mit acht Kindern.“ — Diese Nachricht des Frankfurter Blattes bedarf wohl noch der Bestätigung schon deshalb, weil es fraglich sein dürfte, ob es im preussischen

Sei du mein eigen.

Roman aus vergangenen Tagen von A. v. T. h. a. u. 18) Fortsetzung.

Nur nicht nachlassen, nur nicht auf halbem Wege stehenbleiben; das Begonnene vollenden, gleichviel mit welchen Mitteln. Sie beschwor immer schreckliche Bilder herauf. Sie wandte sich an Marias Edelmut: Heinrich, ihr eigenes Wohl, das Schicksal von Hunderttausenden liegt in ihrer Hand, falls sie Kraft fände zur Entscheidung, daß sie zu wählen habe zwischen Fluch und Segen Unzähliger, daß sie ihr eigenes Wissen fragen solle, ob sie es angesichts alles dessen noch wagen dürfe, auf ihrem vermeintlichen Recht zu bestehen.

Das war zu viel. Marias Kraft war gebrochen. Was sie ehebedem mit Empörung von sich gewiesen, als man ihr Güter dieser Erde bot für die Liebe des Gatten — jetzt war sie bereit, das Opfer zu sein, wenn es keine andre Rettung für ihn gab.

„Und er selbst... er selbst?“ fragte sie mit bebender Stimme, und ihre Augen bohrten sich mit namenloser Angst in das Gesicht der Prinzessin.

Es war ein Bild, der wie Feuer brannte. Die Prinzessin ertrug ihn nicht. Sie senkte die Lider. „Er selbst!“ Er selbst findet Sie zu mir!“ Noch banger, noch dringender klang es an ihr Ohr. „O Marie, ... wenn Sie wüßten, was mich dieser Weg gekostet hat, was, Ihre Verzeihung zu haben,“ erwiderte sie leise.

Maria stand reglos da, die zitternden Hände ineinander verschlingend, von einem ungeheuren Widerstreit miteinander ringender Gefühle bewegt. Er selbst... er war es, der sie aufgab... er, an den sie geglaubt hatte wie an einen Gott!

Er selbst... tausend Schwertspitzen durchbohrten ihre Herz. Sie wandte sich mit zuckendem Gesicht, trat an den

Schreibtisch und warf mit zitternder Hand zwei Zeilen auf ein Briefblatt.

„Ich gebe dich frei, Heinrich! Du willst es. Ich willige in die Scheidung.“

Da stand es und starrte sie an wie ein Todesurteil. Dann wurde es dunkel vor ihren Augen. Als ihr Bewußtsein zurückkehrte, war die Prinzessin verschwunden, und mit ihr das Blatt, auf dem jene Zeilen standen.

Indessen eilte die Katastrophe in der Residenz ihrem Ende entgegen. Ein jeder der Beteiligten schien es auf einmal nicht erwarten zu können, es herbeiführen, wie wenn ein jeder fürchte, seine Entschlüsse könnten noch in letzter Stunde ins Wanken geraten. Oder schien es nur so?

Voten auf Voten fandte der Großherzog an den Minister, warum ihm die fraglichen Urkunden noch nicht zur Einsicht vorgelegt seien. Dennoch zögerte Brod und zögerte immer noch, aber endlich ging es nicht mehr, er begab sich ins Schloß und legte die verhängnisvollen Dokumente vor seinem alten Herrn nieder.

Der Staatsrat soll zusammentreten, heute noch... keine Widerrede, Brod, ich will es so... „Königliche Hoheit, wenn ich dennoch wagen dürfte“

„Schweigend Sie“ — der Großherzog fuhr heftig auf. „Ich will allein sein, um vier Uhr erwarte ich die Herren im Thronsaal.“

Der Minister ging. Dampf aufsteigend sank der Großherzog in seinen Sessel nieder. Da lagen die Urkunden, er wußte genau, was sie enthielten und doch scheute er sich, sie durchzulesen. Wilde Erbitterung, heimeke Verzweiflung und auch etwas wie ungetriebenes Mitleid erfaßte sein Herz. Wöhlisch erschien es ihm beinahe unfahbar, daß alles Wahrheit sein sollte, was dort geschrieben stand, das, was den

Sohn von ihm forttrieb, was Dagobert statt seiner an die ihm gebührende Stelle setzte.

Es schienen nur noch die Unterschriften. Die Heinrichs, die seine, die Gegenzugung der Minister. Wenige Federstriche nur, die alles vernichten sollten, worauf er gehofft, wofür er gelebt.

Sein Herz zerbrach fast unter dieser Last.

Um vier Uhr würde alles geschehen sein, alles zu spät. Aber noch, in dieser Stunde... und, von einem jähen Entschluß bewegt, stand er plötzlich auf und schellte. „Man rufe den Großherzog, er soll unverzüglich zu mir kommen!“ — Und geben Sie ihm den Degen zurück,“ rief er dem Adjutanten nach, als dieser schon an der Tür stand.

Es dänkte ihm eine Ewigkeit zu währen, bis der Erwartete vor ihm erschien.

Wie schmal und blaß er ausah! Der Großherzog erschauerte, er erkannte den Sohn kaum wieder. Aber auch dieser erschauerte, als er in des Vaters gramdurchfurchtes, gealtertes Antlitz starrte.

Mit einer beinahe stehenden Gebärde streckte der Vater dem Sohne die Hände entgegen. „Heinrich, mein Sohn! ... Ich habe dich rufen lassen! Ich konnte nicht anders. Mein Herz und meine Pflicht haben es mir geboten ...“ Doch ist nichts geschehen ... Dort liegen die Urkunden, die alles ausmachen sollen zwischen uns. Doch bedeuten sie nichts — Heinrich, beschne dich! Doch ist es Zeit ... Ich liebe dich an, trenne dich von dieser Frau und sei wieder mein Sohn ... Alles soll vergessen sein ... Alles!“

Der Prinz atmete schwer. Mit solcher Gewalt, wie die fliegende Stimme des alten Mannes vor ihm, hatte noch nichts an seinem Herzen gerüttelt.

Der Vater fuhr fort. „Du willst mich einsam machen, mein Junge, tue es nicht! Diesen Schlag überwinde ich nicht.“

Heinrich wandte sich ab, unfähig, des Vaters Antlitz zu ertragen. Marias Bild trat gleichzeitig vor

seine Seele. — Furchtbare Macht — wie immer er entschied — einen von beiden opferte er auf.

Tausend Stimmen riefen, tausend Hände griffen nach ihm. Jeder Herzschlag ein Schmerz, jeder Gedanke ein schneidendes Schwert. Ein Kampf wie auf Leben und Tod tobte in ihm.

Rein, nein, nein! ... Er durfte nicht mehr zurück, konnte, wollte es nicht mehr.

Das stärkere Band war doch das, was ihn an sein Weib fesselte. Er schüttelte das Haupt. „Ich vermag es nicht, Vater, ich gebe Weib und Kind nicht auf.“

Der Großherzog stand da wie versteinert. Sein Auge blinnte stier. Das Haupt sank tief auf seine Brust hinab. „Und das ist dein letztes Wort, dein unabänderlicher Wille und Entschluß?“ Eine Welt von Sorge, Angst und auch Liebe lag in dieser Frage.

„Ja.“

Der Großherzog erbeugte unter der Last dieses Wortes. Aber einen Augenblick nur. Dann reckte er sich stoff in die Höhe, wieder ganz Herr seiner selbst. „So teile ich dir hierdurch mit, daß sich der Staatsrat um vier Uhr im Thronsaal versammelt. Rag denn dort vollendet werden, worauf du in deiner Verblendung verharrest, und dann ... geh zu deinem Weib.“

Es klang kalt und hart.

Wie ein Schlag traf es den Prinzen. Das Ungeheure, was er dem Vater antat, überwältigte ihn in seiner ganzen Schwere. Unfassliches Mitleid mit dem stolzen alten Manne saßte ihn an. Rein, so wie er es jetzt sollte, durfte er nicht von ihm scheiden. Mit ein paar raschen Schritten eilte er auf ihn zu, mit Verzweiflung heischender Gebärde die Hände nach ihm ausstreckend.

„Dürst! Nichts mehr!“ Mit flammenden Augen rief es der Großherzog. Du hast gewollt — geh! — Damit wandte er ihm den Rücken.

(Fortsetzung folgt.)

Ministerium des Innern einen Referenten Herrn Jochimsen gibt.

Kreuznach, 10. Febr. Einem Wirt zu Kreuznach wurde unlängst ein Kind geboren, das ohne Arme und Beine zur Welt kam. Das bedauerliche Geschöpf ist sonst kerngesund.

Södingen, 10. Febr. Dem Generalstreik haben sich heute auch die Angestellten in den offenen Verkaufsstellen angeschlossen, so daß alle größeren Betriebe und Kaufhäuser schließen mußten.

Halle, 11. Febr. Wegen Unwirtschaftlichkeit wurden die Eisenbahnverhältnisse in Halle und Delitzsch geschlossen.

Aus aller Welt.

Ein Hundsländer, der 92 Menschen rettete. In Remscheid konnte kürzlich wegen starker Brandung das kanadische Küstenschiff „Edith“ nicht landen. Auch war es unmöglich, die Passagiere auszubooten. Von der Küste aus versuchte man vergebens mit Raketten eine Rettungsleine herüberzuschleichen. Die 92 Leute an Bord sahen bereits den sicheren Tod vor Augen. Da gelang es einem Hundsländer Hund, mit einer Leine im Maul, aus Land zu schwimmen. Plötzlich war die Verbindung vom Land und Boot hergestellt und im Ruch konnten sämtliche Fahrgäste und Mannschaften geborgen werden.

Zeigewitz. Die Universität Jena hat die Gebühren für Ausländer mit sofortiger Wirkung von 200 auf 4000 M. erhöht.

Aus dem Vorlesenden

Niederlahnstein, den 12. Februar.

Der Vorstand der Zentrumspartei für den Regierungsbezirk Wiesbaden hielt gestern im Hotel Rieder eine Sitzung ab. Es wurde die Einberufung des neuen Landesausschusses für den 1. März nachmittags 2½ Uhr in die alte Post nach Limburg beschlossen. In dieser findet die Wahl des Vorstandes und seines Vorsitzenden statt. Zu dem in Limburg tagenden Vertretertag der Kassierer gegen die geplante Schaffung von Großbürgermeistereien wurde eine telegraphische Entschuldigungsanfrage, wonach der Vorstand der Kassierer Zentrumspartei sich gegen die bevorstehende Verwaltungsreform ausspricht: er hält an den bewährten kommunalen Einrichtungen unerschütterlich fest und wird seinerseits dementsprechend in Berlin Schritte tun.

Eingefandt.

Für alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Mitteilungen ist die Redaktion verantwortlich. Redaktionsadresse: Wiesbaden, Hauptstadt, Postfach 100.

Kommissionen!

Die Nr. 32 des Blattes brachte im Bericht über die am 6. 2. 1919 stattgefundene Stadtverordnetenversammlung unter anderem auch die Namen der für die einzelnen Kommissionen gewählten Mitglieder. Die Gas- und Wasserwerk-Kommission erregte mein besonderes Interesse insofern als man 2 Beamte des Wasserwerkes in diese Kommission als Mitglieder hineinbrachte. Wenn ich nicht irre sollte doch eine Gas- und Wasserwerk-Kommission gebildet werden. Es ist mir aber unerklärlich warum nicht auch ein Beamter des Gaswerkes als Mitglied zur Wahl aufgestellt wurde.

Die Namen zweier Beamten des Wasserwerkes trangen in den Listen, doch scheint es, als habe man den Meister des Gaswerkes gänzlich vergessen, den Meister der es verstanden hat die Gasversorgung durch 5 unruhvolle Jahre hindurch aufrecht zu erhalten und auch heute in der Zeit des Kohlemangels versucht hat die Stadt mit Gas zu versorgen, der sich nicht gekümmert hatte oft als gewöhnlicher Fleißarbeiter einzuführen und da zu helfen wo es not tat.

Es soll nicht damit gesagt sein, daß die Beamten des Wasserwerkes weniger ihre Pflicht getan hätten aber warum soll man das Gaswerk nun als Wasserwerk behandeln und es dem Wasserwerk möglich machen durch seine Vertretung in der Gas- und Wasserwerk-Kommission über das Gaswerk zu beschließen? Meines Erachtens ist die Kommission zur Unterstützung der Gas- und Wasserwerk-Verwaltung gebildet; deshalb ist aber doch nicht gesagt, daß Beamte der G. u. W. Verwaltung als Mitglieder in dieser Kommission vertreten sein müssen. Und wenn es dennoch sein sollte, dann aber müssen beide Teile in gleicher Stärke als Mitglieder vertreten sein.

Eschbach, 6. Febr. 1920.

In unserer Gemeinde wurde in der Woche Einquartierungsgeld ausgezahlt. Da nun von Seiten der

Gemeinde wie von der Besatzungsarmee keine richtige Quartierliste vorlag, wurde von einem Bürger der Vorschlag gemacht, das Geld für eine Gedächtnisliste zu Ehren der gefallenen Krieger zu widmen. Mit diesem Vorschlag war die Gemeinde einverstanden, nur ein armer Gutbesitzer verlangte sein Quartiergeld. Er erklärte sich jedoch auch bereit, fünf deutsche Reichsmark zur Gedächtnisliste beizusteuern. Diese Handlungsweise verdient, niedriger gehalten zu werden.

Alle Anderen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Herr K. K. K. für den lokalen und wirtschaftlichen Teil: Herr K. K. K. für den Anzeigen- und Realteil: Herr K. K. K. Druck und Verlag der Buchdruckerei K. K. K. (Zus. H. K. K.) Oberlahnstein.

Amstliche Bekanntmachungen.

Verordnung betreffend Kleinhandelspreise für Fleisch und Fleischwaren.

Auf Grund des § 7 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 5. April 1917 — Reichsgesetzblatt S. 319 — in Verbindung mit § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Preisverordnungen vom 23. September 1915 — Reichsgesetzblatt S. 607 — in der Fassung vom 4. November 1915 — Reichsgesetzblatt S. 728 — und der Bekanntmachung über die Anwendung des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 23. März 1916 — Reichsgesetzblatt S. 183 — wird für den Kreis St. Goarshausen folgendes bestimmt:

§ 1. Infolge eingetretener Erhöhung der Schlachtviehpreise werden für den Verkauf von Fleisch und Fleischwaren an den Verbraucher folgende Höchstpreise festgesetzt:

- a) für ein Pfund Rindfleisch 7 M.
- b) für ein Pfund Hammelfleisch 7 M.
- c) für ein Pfund Kalbfleisch 6 M.
- d) ein Pfund frisches Fleisch darf höchstens 1/2 Knochen eingewachsen oder als Beilagen enthalten.
- e) Schweinefleisch und Fleischwaren: für ein Pfund Schweinefleisch 12 M., für ein Pfund Fleischwurst und Schwarzwurst 7 M., für ein Pfund Blut- und Leberwurst 4,50 M.

§ 2. Die im § 1 für Waren bester Qualität festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes und gelten für alle Verläufe ohne Ausnahme.

§ 3. Der Fleisch- und Fleischwaren-Preis, der die in § 1 festgesetzten Höchstpreise durch einen von außen für Jedermann sichtbaren Aufschlag am Verkaufsraum, sowie innerhalb desselben durch Aufhängen einer Preistafel, öffentlich bekannt zu machen.

§ 4. Frühere Verordnungen, die dieser Verordnung widersprechen, werden hiermit aufgehoben.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. wird bestraft, wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet.

Zusätzlich werden gegen die Übrigen Bestimmungen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

St. Goarshausen, den 9. Februar 1920.

Der Kreisamtschef des Kreises St. Goarshausen J. B. Jaun.

Bekanntmachung.

Vom 16. Februar ist für den hiesigen Kreis die Brotmenge für die Versorgungsberechtigten von 4 1/4 Pfd. auf 4 Pfd. herabgesetzt.

Es sind demnach vom Montag, den 16. 2. ab die Preise herabzusetzen auf 1440 Gramm Wehl.

Wehl und Brotpreise werden am Samstag, den 14. Februar bekannt gegeben.

St. Goarshausen, den 11. Februar 1920.

Der Kreisamtschef J. B. Jaun.

Für den Stand-Comitébezirk Kochern ist der Beigeordnete Philipp Heinrich Stroh in Kochern zum Standesbeamten-Stellvertreter bestellt worden.

St. Goarshausen, den 10. Februar 1920.

Der Landrat J. B. Jaun.

Verordnungen müssen über die forstwirtschaftlichen Gebote weit hinausgehen, um der Brennstoffnot nach Möglichkeit steuern zu helfen, und auch für sie sind die gewaltigen Preise ein Ansporn. Ganze Bananen von Holzrücken ziehen derzeit am helllichten Tage mit Fuhrwerk und großer Baumfuge unterworfen ab. Die Forstbeamten sind machtlos, in der Regel einer gegen viele. Gerichtliche Anzeiger erfordert ein großes Maß von Rummel und Beamtenstreue; der Dienst ist unerschütterlich geworden, gesunde Glieder noch kostbarer, und die drohenden Rüste der Kerle sind nicht mehr zu übersehen.

Was Wunder, wenn unsere Waldbestände, welche infolge der Abtreibungen an die Verbundstaaten und die gewaltigen Anforderungen der Kriegszeit schon längst nicht mehr dem Holzbedarf Deutschlands standhalten können, langsam, aber sicher gelichtet werden, so daß das Verhältnis zwischen Wald- und Forstland in absehbarer Zeit ein forstwirtschaftlich sehr ungünstiges werden muß. Das Abholzen geht schnell; zum Nachwachsen des Waldes bis er die Bergänge wiederum schützend bedeckt, gehören Jahrzehnte.

Dank der vernünftigen Einsicht, der Vaterlandsliebe und des sozialen Bewusstseins der großen Mehrheit der Ruhrkohlenbesitzer ist die unheimliche Gefahr einer dauernden Verminderung der Kohlenförderung durch Abholzung der von den sozialistischen, kommunistischen und sozialistischen Elementen rücksichtslos betriebenen Forderung nach der Sechshundertschicht glücklicherweise abgewandt worden. Es bedarf der ganzen Kraft unserer Regierung und einer nachhaltigen, zielbewußten Auffklärungsarbeit unter den Bergleuten um diese Gefahr dauernd zu bannen, denn gelang es dies nicht, würde das allgemeine Brennstoffmangel in Bermanen, erklärt werden und dann werden die dörflichen Gemeinden und die kleinen Städte — eine 7000 Einwohner zählende

Unter der Schafherde der Gemeinde Oberbachheim ist die Räude ausgebrochen. Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind angeordnet.

St. Goarshausen, den 7. Februar 1920.

Der Landrat J. B. Kiewöhner.

Unter der Schafherde der Gemeinde Aitenhausen ist die Räude amtlich festgestellt worden.

Die erforderlichen Bekämpfungsmassnahmen wurden angeordnet.

Dies, den 29. Januar 1920.

Der Landrat J. B. Kiewöhner.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 8. Februar 1920.

Der Landrat J. B. Kiewöhner.

In der Gemeinde Wiebelsheim ist die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden.

St. Goar, den 3. Februar 1920.

Der Landrat J. B. Kiewöhner.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 7. Februar 1920.

Der Landrat J. B. Kiewöhner.

Zur gest. Kenntnis!

Die Milchbändler bitten ihre Kundschaft die angegebene Zeit der Milchabgabe genau einzuhalten. Im allgemeinen Interesse ist dies unbedingt erforderlich.

Oberlahnstein, den 12. Februar 1920.

Stadt Lebensmittelamt.

Die Ausgabe der neuen

Brot- und Fleischkarten

findet wie folgt statt:

am Freitag vormittags von 9-12 Uhr für die Buchstaben A-G,

am Freitag nachmittag von 2-5 Uhr für die Buchstaben H-K,

am Samstag vormittags von 9-12 Uhr für die Buchstaben L-R,

am Samstag nachmittag von 2-5 Uhr für die Buchstaben S-Z.

Die Ausgabe findet im Stadtverordneten-Saal statt. Lebensmittelkarte ist mitzubringen.

Niederlahnstein, den 12. Februar 1920.

Der Magistrat: R. B. J.

Freitag, den 13. Februar er.,

vormittags 8½-12 Uhr

im Rathaus Zimmer 2

Auszahlung der rückständigen Quartiergelder für die Buchstaben S-Z.

Niederlahnstein, den 12. Februar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Aus hiesigem Gemeindefelde werden

ca. 60 000 Wellen (Reiserholz und Knüppel) Lohholz,

ca. 1200 Centner Eichenlohrinde,

vor dem Einschlag im Wege des schriftlichen Angebots vergeben. Die Angebote sind

bis 25. Februar

an den Unterzeichneten einzureichen.

Camp a. Rh., den 11. Februar 1920.

Der Bürgermeister:

729]

Rindt.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Camp a. Rh. hat einen noch

gut erhaltenen Leichenwagen

730]

preiswert abzugeben.

Camp, den 11. Februar 1920.

Der Bürgermeister:

730]

apl. Rindt.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Handelsregister A Nr. 64 ist bei der Firma August Esjend zu Niederlahnstein:

heute Folgendes eingetragen worden:

Dem Kaufmann Jacob J. Nau junior in Bingen ist Kapital e. teilt.

Niederlahnstein, den 6. Februar 1920.

Das Amtsgericht.

Stamm- und Brennholz-Versteigerung.

Dienstag, den 17. Februar 1920, vormittags 9 Uhr

kommen in den

Distrikten Mauseck und Liebereich der Fürstlich Wiedischen Besitzung Gronau zur meistbietenden öffentlichen Versteigerung:

35 Eichenstämme mit = 21,48 fm Festholz, darunter 1 Stamm mit = 79 cm Durchmesser,

12 Raumm. Eichen-Knüttel,

380 Wellen Eichen-Reiser,

1 Buchenstamm = 1,83 fm,

350 Raumm. Buchen-Scheit u. Knüttel,

4100 Wellen Buchen-Reiser.

Anfang im Distrikt „Mauseck“ beim Schwallshiederhof.

Runkel, den 9. Februar 1920.

Fürstlich Wiedische Rentei.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unsrer innigstgeliebten Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwester und Tante

Frau Maria Anna Kaulb, Ww.

sprechen wir allen, besonders den Bruderschaften von Oberlahnstein, dem hiesigen M.-G. „Entracht“ und den hl. Messe- und Kranzpendern unsern tiefgefühlten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Niederlahnstein, den 12. Februar 1920.

Achtung! Achtung!

Sämtliche

Maurer und Zimmerleute

des Kreises St. Goarshausen, werden auf Sonntag, den 15. Februar zu einer Besprechung zwecks Regelung der Lohnfrage nach Bogen bei Gastwirt Weidenmüller eingeladen.

Die Einberufer.

Friedensbier

Von heute ab kommt zum Ausschank

Münchener Franziskaner Leisbräu

in und ausser dem Hause.

1 Liter 1,70 Mk., 1 Glas 0,80 Mk.

Gashaus zur Rheinschiffahrt.

Schwindender Waldbreichtum am Rhein.

In den Dörfern ist die Brennstoffnot unendlich viel größer wie in den Städten. Hier am Mittelrhein haben wir seit mehr als sechs Monaten keine Kohlen mehr gesehen, ab und zu ein paar Fuhren Briketts — Tropfen auf einen heißen Stein. Das Frieren ist tiefengradig nicht nur bei armen Leuten, sondern auch bei solchen, die es sich in der goldenen Zeit des kaiserlichen Reiches niemals hätten träumen lassen. Wo es Holz gibt, da ist es unbezahlbar teuer; wo der Vergott Bald hat wachsen lassen, aus dieser Schlamm daran glauben. Die arme Witwe und das ehrliche Mütterchen suchen das Holz im Walde auf, doch dieses ist morsch, heizt schlecht und brennt schnell fort. Die Brennholzpreise sind maßlos in die Höhe gegangen; in den Holzversteigerungen kommt das Raummet Scheitholz — früher 4-6 M. — jetzt auf 30 bis 70 M. ohne den hohen Fuhrlohn. Wer kann das bezahlen? Stärkere Menschen gehen mit Art und Säge in den Wald und „kaufen ohne Geld“, denn die Moral und der Respekt vor Gottes heiligem Gebot ist tief gesunken; die Predigt klingt an taube Ohren. „Nei kennt kein Gebot.“ Seit der Revolution fehlt der starke Rückhalt der staatlichen Autorität. Die Polizeibeamten, ohnehin ungenügend wenig, sind machtlos, vielfach auch verdrossen und energielos, denn es fehlt ihnen die Stütze der Staatsgewalt und der öffentlichen Meinung. Die geharnischten Verordnungen des sozialdemokratischen preussischen Landwirtschaftsministers Braun gegen die Holzdiebereien bleiben inselgefallen auf dem Papier stehen. Der Wald ist schulplos, wenn die ländlichen Polizei- und Forstbeamten nicht ganz bedeutend vermehrt werden.

Die privaten Waldbesitzer, durch die Not der Zeit selbst genötigt, lassen manchmal abtreiben, auch was noch nicht schlagreif ist. Die ungeheuren Holzpreise reizen dazu. Die staatlichen und kommunalen

Verordnungen müssen über die forstwirtschaftlichen Gebote weit hinausgehen, um der Brennstoffnot nach Möglichkeit steuern zu helfen, und auch für sie sind die gewaltigen Preise ein Ansporn. Ganze Bananen von Holzrücken ziehen derzeit am helllichten Tage mit Fuhrwerk und großer Baumfuge unterworfen ab. Die Forstbeamten sind machtlos, in der Regel einer gegen viele. Gerichtliche Anzeiger erfordert ein großes Maß von Rummel und Beamtenstreue; der Dienst ist unerschütterlich geworden, gesunde Glieder noch kostbarer, und die drohenden Rüste der Kerle sind nicht mehr zu übersehen.

Was Wunder, wenn unsere Waldbestände, welche infolge der Abtreibungen an die Verbundstaaten und die gewaltigen Anforderungen der Kriegszeit schon längst nicht mehr dem Holzbedarf Deutschlands standhalten können, langsam, aber sicher gelichtet werden, so daß das Verhältnis zwischen Wald- und Forstland in absehbarer Zeit ein forstwirtschaftlich sehr ungünstiges werden muß. Das Abholzen geht schnell; zum Nachwachsen des Waldes bis er die Bergänge wiederum schützend bedeckt, gehören Jahrzehnte.

Dank der vernünftigen Einsicht, der Vaterlandsliebe und des sozialen Bewusstseins der großen Mehrheit der Ruhrkohlenbesitzer ist die unheimliche Gefahr einer dauernden Verminderung der Kohlenförderung durch Abholzung der von den sozialistischen, kommunistischen und sozialistischen Elementen rücksichtslos betriebenen Forderung nach der Sechshundertschicht glücklicherweise abgewandt worden. Es bedarf der ganzen Kraft unserer Regierung und einer nachhaltigen, zielbewußten Auffklärungsarbeit unter den Bergleuten um diese Gefahr dauernd zu bannen, denn gelang es dies nicht, würde das allgemeine Brennstoffmangel in Bermanen, erklärt werden und dann werden die dörflichen Gemeinden und die kleinen Städte — eine 7000 Einwohner zählende

Kleinstadt am Mittelrhein war kürzlich acht Tage ohne Gas und vier Tage ohne Gas und ohne Wasser — der am schwersten leidtragende Teil sein. Es wäre unanschaulich, daß die moralische und wirtschaftliche Spannung zwischen Stadt und Land, zwischen Bauern und Industriearbeitern, zwischen Lebensmittelerzeugern und Verbrauchern unheilvoll verschärft werden müßte. Die Verewigung der Holzungsgefahr für unsere deutschen Wälder wäre ebenso sicher, denn auch das Sandvoll will kochen und stochen, und wenn der Staat nicht zu helfen vermag, hilft das Volk sich selbst, so gut und so schlecht es kann. Der scharfe Wettbewerb des Brennstoffbedarfes würde fernerhin das Einkommen der ungeheuren Preise für Holzschliff, den Hauptbestandteil aller Zeitungen und Bänderdruckpapiere verhindern und an ein Willigenwerden der geistigen Kraft des deutschen Volkes würde nicht zu denken sein.

Für alle der Ueberbevölkerungsmenge in den tiefliegenden Flußgebieten ausgehenden Landesteile aber würde eine weitere unheilvolle Wirkung entstehen, wenn die Abholzung der deutschen Mittelgebirge weiterhin in so ungünstiger Weise zunimmt. Der Wald ist der natürliche Regulator im Wasserhaushalt der Natur; er verhindert in Gebirgsgebieten den stürmischen Abfluß großer Wassermassen und regelt deren allmählichen Abfluß. Von den taligen Bergabhängen schießt das Wasser reichlich und verheerend zu Tal. Der Lammwisch, welcher auch im Winter, der gefährlichsten Zeit der Ueberbevölkerungsmenge, durch sein immergrünes Laubwerk nicht verlagert, vermag gewaltige Mengen Regenwasser festzuhalten, dieselben teilweise an die Luft abzugeben, den Rest langsam abtropfen lassen. Der Unterboden des Laubwaldes ist sehr stark aufsaugungsfähig, hält also ebenfalls große Wassermassen zurück. Daß solche verheerende Rheinüberschwemmungen wie im vergangenen Dezember und Januar seit 38 Jahren nicht mehr vorgekommen sind, die

allwinterlichen Hochwasser durchgängig in mäßigen Grenzen geblieben sind, ist nicht allein der Verdienst der mit ungezählten Millionen in den letzten 40 Jahren bewerkstelligten Flußregulierungen und Deicherhebungen auf rheinpreussischem und holländischem Boden, sondern auch der stillen, fleißigen und zielbewußten Aufforstungsarbeit unserer staatlichen, kommunalen und nach deren Beispiel auch der großen privaten Forstverwaltungen. Hunderttausende von Hektar Oedsteden im Flußgebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse sind in den letzten 40 Jahren aufgeforstet worden und damit jene natürliche Regulierung des Wasserablaufes herbeigeführt worden, deren Segen sich die Tieflandsortschaften allwinterlich erfreuen.

Sollen nun im Zwang der Brennstoffnot das alte Elend des alten Mißverhältnisses in der Waldwirtschaft, wie es bis vor 40 Jahren in toten Gebirgsgebieten Deutschlands bestanden hatte, wiederkehren? und damit die Ueberbevölkerungsmenge wieder herausbeschrieben werden? Dies wird unersaglich sein, wenn die allgemeine Brennstoffnot auf dem Lande durch Vermehrung der Kohlen- und Brikettlieferungen nicht gänzlich behoben oder doch wenigstens sehr stark vermindert wird, die Regierung und die zuständigen Behörden werden sich dieser Verhältnisse und dieser unheilvollen Zukunftsaussichten wohl bewußt sein.

Die deutsche Bürgerschaft und das gesamte wehrfähige Volk, insbesondere die ländliche Bevölkerung, erwarten von der Regierung, daß sie sich stark erweist und alles Erforderliche unternimmt, um einen Rückgang der Kohlenförderung nicht nur zu verhindern, sondern deren Steigerung durchzusetzen, sonst wird die Brennstoffnot auf dem Lande und die Waldverheerung ohne Ende sein; denn Land- und Kleinstädte kommen ohnehin immer zuletzt an die Reihe. R. B.

zum seortiren Eintritt ge-
nügt bei Wilhelm Eilo,
Obertiefenbach. [797]